vitéz Lajos Németb:

Die Wehrreform Ungarns

Das neue ungarische Wehrgesetz

Mit dem Aufhören der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie hatte „Kumpfungarn“ wohl seine staatliche Selbständigkeit erlangt, gleichzeitig aber wurde Ungarn durch die militärischen Klauseln des Zwangsfriedens von Trianon die Wehrhoheit entzogen. Das dem Lande durch die Siegermächte aufgezwungene, auf freiwilligem Eintritt aufgebaute Berufsheer wurde aber keine eigentliche ungarische Nationalarmee, wenn sie auch den alten Namen *Sonvéd* führte*). Wesen und Geist eines Söldnerheeres waren dem ungarischen Volke infolge seiner kriegerischen Vergangenheit, seiner ganzen geistigen und seelischen Einstellung auch weiterhin völlig fremd geblieben.

Die Wiedergewinnung der Wehrfreiheit und militärischen Gleichberechtigung nach zwanzigjähriger Knebelung hat daher das ganze Land mit aufrichtiger Freude erfüllt. Nun stand oder steht der Schaffung einer zeitgemäßen, der geopolitischen Lage sowie der geschichtlichen und nationalen Aufgabe Ungarns würdigen und entsprechenden Wehrmacht nichts mehr im Wege.

Der erste Schritt ist die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Aufbau eines Rahmenheeres, wie es schon seinerzeit bestand.

Die nun einsetzende Wehrreform auf Grund des neuen Wehrgesetzes — es wurde von den vereinigten Ausschüssen des Abgeordnetenhauses bereits vor Weihnachten in der ersten Lesung angenommen — soll das ungarische Wehrwesen und mit ihm Ungarns Wehrmacht, die *Sonvéd*, ganz auf neugeschaffene, nunmehr feste Grundlagen stellen. Hierbei werden die Erfahrungen des Weltkrieges und die herrschenden Auffassungen über den „totalen Krieg“ der Zukunft berücksichtigt. Beide fordern bekanntlich nicht nur vollen Einsatz und weitgehendste Inanspruchnahme aller geistigen, personellen und materiellen Mittel und Kräfte des Staates sondern, um sie entsprechend zweckmäßig erfassen zu können, auch eine feste, schon im Frieden planmäßig niedergelegte, eingelebte Organisation und nicht zuletzt ein von einheitlichem nationalen und militärischen Geiste erfülltes, pflicht- und opferbereites Volk!

Das neue ungarische Wehrgesetz trägt allen diesen Anforderungen vollauf Rechnung. Es stellt als allgemeinen Grundsatz gleich einleitend fest, daß der jeweiligen Regierung solche gesetzliche Rechte zu sichern sind, die es ihr ermöglichen, im Kriegsfalle von Volk und Land die höchste Kraftentfaltung zu fordern. Unerläßliche Bedingung ist ferner, daß im Kriegsfalle oder im Falle kriegerischer Bedrohung alle Bürger des Staates — ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes — mit Einsatz ihrer Person und ihres Vermögens an der Verteidigung des

*) Das Wort „*Sonvéd*“ bedeutet Landesverteidiger und entstand im Jahre 1848 zur Zeit des ungarischen Freiheitskampfes. Nach dem sogenannten „Ausgleich“ mit Österreich im Jahre 1867 wurde neben der „gemeinsamen“ oder K. u. K. Armee in jeder Reichshälfte eine zweite Linie (Landwehr) aufgestellt, die in Ungarn aber als Nationalarmee betrachtet wurde. Mit der Zeit gelang es, deren militärischen Geist, Ausbildung und Ausrüstung auf eine derartige Höhe zu bringen, daß im Weltkriege die ungarischen *Sonvéds* durch Verlässlichkeit, Tapferkeit und Selbstenmut die vollste Anerkennung bei Freund und Feind errangen.

Vaterlandes teilzunehmen verpflichtet sind und daß zur Durchführung aller bereits im Frieden notwendig erscheinenden Vorbereitungen und Maßnahmen nicht nur amtliche Stellen sondern auch alle durch die Landesverteidigung betroffenen sonstigen Organe, öffentliche und private Einrichtungen jeder Art gesetzlich verpflichtet werden können.

Zur Sicherung der einheitlichen Leitung dieser vorbereitenden Arbeiten wurde der oberste Landesverteidigungsrat geschaffen und ihm die entsprechende Wirkungsmöglichkeit zugestanden. An seiner Spitze steht der Ministerpräsident; Mitglieder sind sämtliche Minister sowie der Szóvéd-Oberkommandant und der Chef des Generalstabes.

Die neue Wehrdienstpflicht — das Gerüst des neuen Wehrgesetzes — gliedert sich in die Levente(Jungschützen-)pflicht, in die Militärdienstpflicht, in die Abgabe-(Leistungs-) und in die Luftschutzpflicht.

Die Levente-Institution dient der militärischen Vorbildung der männlichen Jugend und soll diese nicht nur körperlich sondern auch seelisch und geistig für den hehren Beruf der Landesverteidigung erziehen. Die Levente-Institution verfolgt aber auch ein nationales und soziales Ziel, indem durch sie die gesamte männliche Jugend, das heißt sowohl diejenigen, die ihre Schulpflicht bereits erfüllt haben, als auch alle Mittelschüler und Hörer der Hochschulen erfaßt werden. Die Leventepflicht erstreckt sich vom vollendeten 12. Lebensjahre bis zur Einrückung zur aktiven Dienstleistung oder bis zum 23. Lebensjahre und verpflichtet zu wöchentlich vier Unterrichtsstunden durch zehn Monate des Kalenderjahres. Überdies hat jeder Levente im 18. Lebensjahre an einer zusammenhängenden Übung von drei Wochen teilzunehmen. Die Levente erhält eine Uniform.

Die Wehr-(Militär-)Dienstpflicht ist eine allgemeine und erstreckt sich auf jeden ungarischen Staatsbürger vom erreichten 18. bis zum 60. Lebensjahre. Diese obere Grenze ist wohl hochgegriffen, aber durch die besondere Wehrlage Ungarns bedingt. Die Wehrdienstpflicht ist entweder eine normale oder eine Ersatzreservedienstpflicht. Die normale Dienstpflicht gliedert sich in die aktive und in die Reservedienstpflicht. Erstere ist auf drei Jahre bemessen (Einberufung grundsätzlich im 21. Lebensjahre), doch erfolgt nach zweijähriger Dienstleistung grundsätzlich die dauernde Beurlaubung mit Ausnahme der bei den Luftstreitkräften dienenden Männer. Die Reservedienstpflicht zerfällt in die I, II. und III. Reserve. Die I. schließt an den aktiven Dienst an und ist zu insgesamt sechs Waffenübungen sowie zum „Schützendienst“ verpflichtet. Die II. beginnt mit dem 42., die III. mit dem 48. Lebensjahre. Für die Ersatzreserve, deren aktive Dienstzeit bloß 10 bis 16 Wochen dauert, besteht dieselbe Gliederung. Von einer Landsturmdienstpflicht wurde mit Rücksicht auf die Erfahrungen im Weltkrieg abgesehen. Doch können im Kriegsfalle auch Untaugliche und noch nicht Dienstpflichtige gesetzlich in Anspruch genommen werden.

Eine bemerkenswerte Neuerung ist die Abschaffung der einjährigfreiwilligen Begünstigung. Man ging hierbei — wie in den meisten anderen Staaten — vom Grundsatz der für jeden Bürger gleich geltenden Pflichten und Lasten aus. Um jedoch die Ergänzung des Reserveoffizierkorps zu gewährleisten, wird den Absolventen von Mittel- und diesen gleichwertigen Schulen das Recht eingeräumt, sich zur Reserveoffiziersausbildung zu melden. Doch sind sie auch in diesem Falle zu einer zweijährigen aktiven Dienstleistung verpflichtet, dürfen jedoch ein entsprechendes Abzeichen tragen. Als Entschädigung für die eventuelle Unterbrechung der Studien, erschwertes Unterkommen in geistigen Berufen und dergleichen wird diesen Dienst-

pflichtigen gestattet, den aktiven Dienst schon im 18. Lebensjahr zu beginnen oder bis zum 26. zu verschieben. Ferner werden die Militärdienstjahre beim Eintritt in den Staatsdienst angerechnet.

Die Befreiungssteuer wird in Anbetracht der in Zukunft weitaus schwereren Belastung der Wehrdienstpflichtigen gesetzlich bedeutend höher festgestellt.

Die Schützen-Institution (nachmilitärische Ausbildung) hat die Aufgabe, die Angehörigen der I. Reserve und Ersatzreserve im Scharsschießen zu üben und ihr militärisches Wissen immer wieder aufzufrischen. Gleichzeitig soll der Schützendienst die ständige Verbindung zwischen Heer und Volk vermitteln, militärischen Geist und Disziplin sowie das vaterländisch-nationale Fühlen, die kriegerischen Überlieferungen und die Soldatentugenden des Ungartums pflegen und wach erhalten.

Von den bei Erfüllung der Wehrpflicht zugestandenen Begünstigungen sei die neue Bestimmung hervorgehoben, wonach Dienstpflichtige, deren drei oder mehr Brüder bereits aktiv dienen, in die Ersatzreserve eingeteilt werden können. Dagegen ist wieder für den strengen Geist des neuen Gesetzes jener Punkt bezeichnend, der verfügt, daß niemand einer behördlichen materiellen Unterstützung teilhaftig werden kann, solange er seiner Wehrdienstpflicht nicht entsprochen hat. Andererseits bringt das Gesetz noch weitere neue Begünstigungen für die Wehrdienstpflichtigen. So darf zum Beispiel auch bei Privatunternehmungen das Dienstverhältnis infolge der militärischen Dienstleistung nicht gelöst werden. Außerdem sichert das Gesetz jenen Personen, die ihrer Wehrdienstpflicht Genüge getan haben, weitgehende Vorteile sowohl in staatlichen wie in öffentlichen Diensten als auch bei allen Privatunternehmungen und bei der Arbeitsvermittlung zu.

Der dritte Abschnitt des neuen Wehrgesetzes enthält entsprechend den Forderungen neuzeitlicher Kriegsführung sehr einschneidende Bestimmungen über Abgaben (Sachdienstleistungen). Sie sind vielfach noch tiefergreifend als die ähnlichen, im Weltkrieg angewandten Maßnahmen. Eine Neuerung ist auch die gesetzliche Verfügung, daß Leistungen — auch in wirtschaftlichen Belangen — nicht nur im Kriege oder bei drohender Kriegsgefahr sondern schon im Frieden gefordert werden können, um gewisse Vorbereitungen derart treffen zu können, daß ihr sofortiger Einsatz bei Kriegsausbruch gesichert wird. Mit Rücksicht auf den „totalen Krieg“ erstrecken sich diese vorbereitenden Maßnahmen nicht nur auf das Heer sondern auch auf die Sicherstellung der Versorgung der Zivilbevölkerung.

Neu ist auch die Bestimmung, wonach untaugliche ungarische Staatsbürger sowie Mädchen ungarischer Staatsbürgerschaft, die die vierte Klasse einer Mittelschule absolviert haben, zwischen dem 21. und 24. Lebensjahre einmal zu einer dreimonatigen öffentlichen Dienstleistung in einem Arbeitslager verpflichtet werden können.

Das im Jahre 1935 geschaffene Luftschutzgesetz wurde, da es mit der Landesverteidigung untrennbar verbunden ist, entsprechend modifiziert in das neue Wehrgesetz aufgenommen.

Ein weiterer Abschnitt umfaßt die außerordentlichen Vollmachten, die die Regierung zu sofortigen, außergewöhnlichen Verfügungen — ohne vorherige Befragung der Gesetzgebung — ermächtigen, wenn diese Verzögerung mit einer Gefahr verbunden wäre.

Die beiden letzten Abschnitte des Gesetzes enthalten die verschärften Strafbestimmungen für Vergehen gegen die Wehrmacht und gegen die Sicherheit des Staates, endlich die staatliche Kriegsinvaliden- sowie Kriegswitwen- und Waisenfürsorge.

Neuaufbau der Honvéd

Die königlich ungarische Honvéd — setzt das neue Gesetz fest — besteht aus den Land-, den Luft- und den Stromstreitkräften.

Die oberste Leitung und der innere Aufbau der Honvéd stehen auf Grund seiner konstitutionellen Rechte dem Staatsoberhaupt zu. Der Honvédminister (Offizier) führt alle Angelegenheiten der Honvéd. Der Wirkungskreis des Honvéd-Oberkommandanten umfaßt die militärische Leitung, Aufsicht und Ausbildung. Der Chef des Generalstabes trifft die Vorbereitungen für die Verwendung der Honvéd im Kriegsfalle, verfaßt Operationspläne und stellt Anträge für die Organisation der Landesverteidigung. Alle drei Funktionäre werden vom Staatsoberhaupt ernannt. Im Kriegsfalle werden Oberbefehl, Aufgaben und Wirkungskreis des Chefs des Generalstabes durch das Staatsoberhaupt eigens geregelt.

Zum weiteren Ausbau der Honvéd ist die Aufstellung von acht Armeekorps geplant: I. Budapest, II. Stuhlweißenburg — Székesfehérvár, III. Steinamanger — Szombathely, IV. Sünfkirchen — Pécs, V. Segedin — Szeged, VI. Debreczen, VII. Miskolc, VIII. Kaschau — Kassa.

Die Wehrlage Ungarns

Durch die Angliederung von Teilen des ungarischen Oberlandes wurde die militärpolitische Lage Ungarns bedeutend gebessert. Der pressend-enge Grenzgürtel wurde erweitert, die tschechoslowakischen Grenzbefestigungen eliminiert. Budapest ist infolge der Verschiebung der Nordgrenze nicht mehr Grenzstadt, kann nicht mehr in wenigen Minuten von feindlichen Bombengeschwadern erreicht werden und liegt nicht mehr im Wirkungsbereich der weittragenden Geschütze eines nördlichen Feindes. Der Zuwachs von über einer Million Bewohner bedeutet eine Verstärkung der Wehrmacht um über 100 000 Mann. Überdies kommt besonders dem landwirtschaftlichen Reichtum des neu angegliederten Gebietes eine weitere erhöhte Bedeutung für die Wehrwirtschaftslage Ungarns zu. Die gesamte Wehrlage im Nordgrenzgebiete wird noch eine weitere Besserung erfahren, wenn durch die Grenzberichtigungskommission, die zur Zeit noch tätig ist, einige der auffallendsten militärischen und wirtschaftlichen Anomalien zugunsten Ungarns behoben werden.